

Stand: 04.04.2026 13:39:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9738

"Breite Neuantragstellung im KULAP ermöglichen - Kooperation mit Leben erfüllen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9738 vom 27.01.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10678 des LA vom 10.03.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10840 vom 07.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 07.04.2016



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Breite Neuantragstellung im KULAP ermöglichen – Kooperation mit Leben erfüllen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die Maßnahmen im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) zusätzliche Mittel bereitzustellen, um allen Landwirten, die auf ihren Flächen gezielte Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz durchführen wollen, den Zugang zu den Förderungen zu ermöglichen.

Begründung:

Die Beschränkung der Neuantragstellung im KULAP im Jahr 2016 hat fatale Auswirkungen auf die Motivation und bisher große Bereitschaft der Landwirte sich im Rahmen der Agrarumweltprogramme für Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen. Ein Wegfall der Extensivierungsprämien für das Grünland ist für die Betriebe im Voralpen- und Alpenraum ein katastrophales Signal und bringt die Milchviehbetriebe, die anhaltend einer schwierigen Preissituation am Milchmarkt ausgesetzt sind, zusätzlich in Bedrängnis. Maßnahmen wie Umwandlung von Ackerland in Grünland entlang von Gewässern und in sonstigen sensiblen Gebieten (B 29), die emissionsarme Wirtschaftsdüngerausbringung (B 25/26) und Gewässer- und Erosionsschutzstreifen (B 34) sind unabdingbar für eine erfolgreiche Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und der Nitratrichtlinie. Da der Nachtragshaushalt bereits beschlossen ist, könnten hierfür für das Jahr 2016 Rücklagen aus anderen Bereichen eingesetzt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/9738

**Breite Neuantragstellung im KULAP ermöglichen -
Kooperation mit Leben erfüllen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Leopold Herz**
Mitberichterstatterin: **Gudrun Brendel-
Fischer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 3. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 24. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. März 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Angelika Schorer
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/9738, 17/10678

**Breite Neuantragstellung im KULAP ermöglichen –
Kooperation mit Leben erfüllen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Horst Arnold

Abg. Gisela Sengl

Staatsminister Helmut Brunner

Präsidentin Barbara Stamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Breite Neuantragstellung im KULAP ermöglichen - Kooperation mit Leben erfüllen (Drs. 17/9738)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Dr. Leopold Herz. Bitte schön.

(Abg. Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER) begibt sich zum Rednerpult.)

Die Redezeit läuft. Bitte schön, Herr Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Eines der wichtigen Themen, die uns heute beschäftigen, ist die Zukunft des Kulturlandschaftsprogramms. Ich habe in den Jahren hier im Landtag in München des Öfteren hören dürfen: Mit Geld können nur die Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion umgehen. – Nur: Wir FREIEN WÄHLER sind auch in Gemeinden und Landkreisen zahlreich vertreten. Ich kann nicht erkennen, dass diese Landkreise finanziell in größerer Bedrängnis wären. Insofern ist diese Aussage sicher dem Tagesgeschäft unterzuordnen.

Wir haben zu diesem Thema Anträge gestellt. Sie wurden abgelehnt. Aber man soll ja die Hoffnung nicht aufgeben. Zunächst einmal: Im Kulturlandschaftsprogramm sind nach der Darstellung des Ministeriums 2016 gegenüber 2015 zahlreiche Verbesserungen vorgenommen worden. Ich erinnere an die Maßnahme B10 zum ökologischen Landbau, an die emissionsarme Düngerausbringung, an die Umwandlung von Acker in Grünland, an den Gewässer- und Erosionsschutz, an den Verzicht auf Intensivfrüchte in wasserwirtschaftlich sensiblen Gebieten, an Blühflächen, an Heumilch und an

Struktur- und Landschaftselemente. So weit, so gut; so weit die Verbesserungen des neuen Kulturlandschaftsprogramms im Jahr 2016.

Im Zuge dieses Programms wurden insgesamt 43.000 Anträge gestellt. Herr Minister Brunner hat in den Nachverhandlungen zusätzlich 8,7 Millionen Euro erreicht. Das sind im Fünfjahreszeitraum immerhin 1,2 Milliarden Euro. Das sind die Zahlen, die dargestellt wurden. Nur stellt sich die Situation ganz anders dar. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und nachgeschaut, wie viele Positionen im Programm im Übergang von 2015 zu 2016 verändert wurden, das heißt, nicht mehr angeboten werden, was eine Verschlechterung bedeutet.

Das beginnt beim großen Punkt Klimaschutz. Hier wurde gerade die Alm- und die Alpwirtschaft, die in Bayern traditionell einen wichtigen Stellenwert einnimmt, auf zwei Maßnahmen zur extensiven Grünlandnutzung für Raufutterfresser beschränkt. Die Maßnahmen zur Umwandlung von Acker in Grünland wurden komplett gestrichen. Extensive Grünlandnutzung entlang von Gewässern wird nicht mehr gefördert. Meine Damen und Herren, es ist ja immer wichtig, und wir hören häufig von den GRÜNEN und der SPD, dass wir etwas für den Gewässerschutz tun sollten. Darin sind wir uns einig. Deswegen sollten wir hier im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen Möglichkeiten schaffen. Damit haben wir eine große Chance verpasst, ebenso wie beim Gewässer- und Erosionsschutz, bei der Winterbegrünung, bei den Mulchsaatenverfahren und beim Verzicht auf Intensivfrüchte.

Das ist also eine Reihe von Punkten, die gerade auch für die Landwirtschaft im Ackerbau relevant sind. Das Kulturlandschaftsprogramm wird häufig als Grünlandprogramm angesehen. Nein, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, dem ist nicht so. Hier wurde eine große Chance verpasst, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die die Landwirte nachfragen.

Weiterhin haben wir in Bezug auf die Artenvielfalt nicht mehr die Möglichkeit, artenreiche Grünlandbestände zu erhalten; wir haben nicht mehr die Möglichkeit, eine vielfälti-

ge Fruchtfolge zu nutzen; wir haben nicht mehr die Möglichkeit, Blühflächen an Waldrändern ins Programm aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer ganz wichtiger Punkt neben der Sommerweidehaltung, die auch weggefallen ist, betrifft die Möglichkeit, Landwirtschaft in Gebieten zu fördern, in denen die Tiere Auslauf haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollten wir bei der gesamten Diskussion um das Tierwohl nicht unterschätzen.

Ein ganz wichtiger Punkt zum Schluss: Gerade von Ihrer Fraktion wurde häufig die neue Heumilchprämie angesprochen, die sehr wichtig ist. Sie unterlassen es bei keiner Rede zu betonen, wie wichtig Sie für die Landwirtschaft sind und dass Sie hinter den Landwirten stehen. Aber wenn Sie die Heumilchprämie anbieten und sie nur von Biobetrieben in Anspruch genommen werden kann, ist das Ziel verfehlt. Da sehe ich eine einseitige Förderung, und das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum Ende meiner Rede, weil die Zeit leider abgelaufen ist. Insgesamt senden Sie ein falsches Signal. Ich fordere Sie noch einmal auf – Herr Minister, es freut mich, dass Sie da sind –: Nutzen Sie die Chancen. Sie könnten zum Beispiel statt Finanz- und Heimatempfängen, die nicht zum Nulltarif zu haben sind, auch Erträge der Bayerischen Staatsforsten, die ja nachweislich immer recht üppig ausfallen, –

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie dann bitte zum Ende?

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): – dazu verwenden, ein Zeichen zu setzen. Wir wollen weiterhin dieses Kulturlandschaftsprogramm!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Herz. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Brendel-Fischer. Bitte schön.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, es wird immer wieder deutlich, auch wenn es manche nicht glauben: Bayern hat viele positive Alleinstellungsmerkmale. Eines davon ist das bayerische Kulturlandschaftsprogramm, das es mittlerweile seit 30 Jahren gibt und das wesentlich dazu beiträgt, in Bayern diese vielfältige Landschaftsstruktur zu erhalten. In der neuen Förderperiode der Europäischen Union von 2014 bis 2020 haben wir dieses Programm noch stärker dahingehend konzipiert, dass vor allem Gewässerschutz, Bodenschutz und Klimaschutz im Vordergrund stehen, sich die Biodiversität noch stärker durchsetzt und der Erhalt der Kulturlandschaft im Mittelpunkt steht. Wir setzen dafür jährlich fast 200 Millionen Euro ein. Nennen Sie mir ein Bundesland, in dem jemand von Ihrer Seite regiert, wo das der Fall ist.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Bremen ist es nicht! Das ist das kleinste Bundesland!)

Bundesweit und EU-weit sucht dieses Programm seinesgleichen. Wir waren hier Trendsetter, echte Vorreiter.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Waren! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lang ist es her!)

Nirgendwo anders werden solche Synergieeffekte erzielt wie bei uns mit diesem Programm, wo es idealtypisch sowohl zugunsten der Bewirtschaftenden als auch der Natur gelingt, Ökonomie und Ökologie zu verbinden.

Ich möchte Ihnen einen Vergleich nennen. Wir geben für diesen Auftrag in Bayern pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 65 Euro aus. In anderen Bundesländern, zum Beispiel Baden-Württemberg, das hier immer wieder angeführt wird, werden pro Hek-

tar landwirtschaftlicher Nutzfläche nicht einmal 50 Euro ausgegeben. Bleiben Sie also bitte bei der Wahrheit, und tun Sie nicht immer so, als ob wir hier knauserten.

Das KULAP-Programm ist ein voller Erfolg. Das ist schön, hat aber auch eine Schattenseite. Bereits beim Programmstart ist deutlich geworden, dass das Gesamtpaket nicht immer wieder über die fünf Jahre beantragt werden kann. Deshalb gibt es eine Beschränkung auf elf prioritäre Maßnahmen, die wir für sehr sinnvoll erachten und die vor allem den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie und der Nitratrichtlinie entgegenkommen. Das ist wichtig, meine Damen und Herren. Genau da haben wir, teilweise regional unterschiedlich, Schwächen. Da müssen wir entsprechend nacharbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

– Sie brauchen nicht andauernd reinzuschreien. Das ist nicht notwendig.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das steht mir aber zu!)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit hervorheben – der Kollege Herz hat es so lapidar gesagt –, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass sich der Finanzminister Söder und der Fachminister Brunner noch im alten Jahr verständigt haben und aus der Haushaltssperre 8,7 Millionen Euro freigegeben haben. Nennen Sie mir ein weiteres Bundesland, wo so etwas funktioniert.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Gibt es die noch, Haushaltssperren?)

– Die anderen machen keine Haushaltssperren. Sie hauen das Geld ohne Ende hinaus.

(Horst Arnold (SPD): Da schau her! Also! Da hat sich doch die Frage erledigt! –

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ganz kalt erwischt!)

– Wir sehen, was wir zum Länderfinanzausgleich beitragen, Herr Kollege. – Obgleich das hier immer etwas anders dargestellt wird, muss uns eines klar sein: Wir wissen,

dass sich die Landwirtschaft in der aktuellen Marktlage in keiner einfachen wirtschaftlichen Situation befindet. Dieses Programm kann nicht wirtschaftliche Engpässe und wirtschaftliche Schwierigkeiten ausgleichen. Dazu sind andere Instrumente erforderlich. Da müssen wir noch schauen, wie wir auf europäischer Ebene vorwärtskommen. Aber das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Kollege Herz, ich möchte auf etwas hinweisen. Das dürfte Ihnen nicht entgangen sein. Insgesamt sind Programme wie zum Beispiel B29, B25, B26 oder B34 auch in diesem Jahr zu beantragen. Sie sind in Ihrem Antrag erwähnt, konnten aber regulär im Beantragungszeitraum aufgegriffen werden. Im Übrigen versuchen wir, klimatischen Interessen und bodenschutz- und naturschutzfachlichen Interessen nicht nur mit diesem Programm entgegenzukommen. Nein, wir investieren ganz viel in Ausbildung und streben an, dass unsere jungen Landwirte ein anderes Bewusstsein bekommen als vielleicht die Generation ihrer Großväter. Zum anderen setzen wir auf intelligente Fruchtfolgesysteme, die außerhalb dieses Programmes existieren und von unseren Forschungsinstitutionen an die Landwirtschaft herangetragen werden.

Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, dass Sie mit Ihrer Kritik schlecht dastehen. Wir können uns da sehen lassen und lassen uns von Ihnen nichts vormachen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Brendel-Fischer. – Nächster Redner ist der Kollege Arnold. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist klar, dass man Ihnen da nichts vormachen kann. Sie haben es selber gesagt: Es ist kein Geld mehr da. Von dieser Tatsache, die man Ihnen nicht vormachen kann, muss man ausgehen. Sicher ist, dass aus der Haushaltssperre 8,7 Millionen Euro generiert wurden. Sicher ist auch, dass der Bedarf dafür da war, weil das KULAP-Programm ein riesiger Schlager war und ist. Darüber sind wir uns einig. Wir unterstützen den Minister in mancherlei Hinsicht mehr als seine eigene Fraktion,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

wenn es um Dinge wie die Verdoppelung des Ökolandbaus geht. All das sind Dinge, die wir unterstützen. Wir wollen uns in die Zukunft entwickeln. Dabei stellt sich die Frage, welches Programm Anhaltspunkte und glaubwürdige Entwicklungsansätze liefert. Da ist es problematisch und schlecht, wenn für gewisse Dinge nichts mehr da ist. Es ist auch sehr schlecht, wenn zum Beispiel in der Zeitung des Bayerischen Jagdverbandes, der Jagdzeitung, steht, dass der wildgerechte Zwischenfruchtanbau beendet sei, weil die Maßnahmen zwar noch beantragt werden könnten, aber nicht gewährleistet sei, dass dafür noch ausreichend Mittel zur Verfügung stünden. Insgesamt gesehen seien mehrjährige Blühflächen und für das Niederwild, die Honigbienen und andere Insekten sowie für Vögel besonders bedeutsame Maßnahmen mit der Priorität 5 versehen worden. Der wildgerechte Zwischenfruchtanbau als ein Erfolgsprojekt des Bayerischen Jagdverbandes werde in diesem Jahr überhaupt nicht mehr gefördert.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Oh! – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

So heißt es wörtlich beim Jagdverband. – Dies sei unverständlich und enttäuschend.

Machen Sie sich doch in diesem Zusammenhang nichts vor. Sie müssen anderen erklären, warum das unverständlich und enttäuschend ist. Ich meine, wir können aus dieser Situation einen Punkt gemeinsam herausziehen – der Herr Finanzminister ist da –: Erfolgreiche bayerische Programme bedürfen im Hinblick auf die perspektivische und strategische Ausrichtung natürlich einer soliden Finanzierung.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): So ist es!)

Wenn in diesem Zusammenhang nachgearbeitet werden muss, dann ist doch der Umkehrschluss richtig: Diese Programme wurden nicht solide unterfüttert. Deswegen muss nachgearbeitet werden. Das könnten wir uns im nächsten Haushalt ersparen, indem wir von vornherein wesentlich mehr Mittel für das KULAP bereitstellen.

Das ist ein weiterer Punkt, der aus meiner Sicht wichtig ist. Sie haben sich wegen der EU-Mittel, die uns zustehen, über all die Jahre gegen eine flächengebundene Umschichtung der ersten Säule auf die zweite Säule gewandt. Sie waren dagegen und haben gesagt, das gehe nicht. – Diese KULAP-Mittel sind aus der zweiten Säule und werden uns von der EU zur Verfügung gestellt. Deswegen war diese sozialdemokratische Forderung im Bund, aber auch hier im Land immer richtig, diese zweite Säule im Rahmen der Mittelförderung zu stärken. Ich kann Sie nur auffordern, diese Richtung in Zukunft ebenfalls einzuschlagen und beizubehalten, weil Sie dann nicht in die Breddouille kommen, entsprechende Programme nicht mehr finanzieren zu können.

Wir haben natürlich Verständnis für die derzeitige Situation, die entsteht, wenn ein Programm überzeichnet wird. Man macht einen Antrag. Der Vertrag kommt nicht zustande, weil er nicht angenommen werden kann. Auch das ist für die Rechtsstaatlichkeit und die Glaubwürdigkeit bayerischer Landwirtschaftspolitik nicht unbedingt zielführend, wobei ich natürlich weiß, dass all diese Leistungen, sobald sie abgeschlossen sind, nachhaltig über fünf Jahre eingehalten werden und immer unter dem Vorbehalt der Finanzierung stehen.

Wir haben uns hier vor einem Jahr darüber unterhalten, ob wir die Gewässerrandstreifen freihalten sollen. Dabei ging es um die Qualität der Gewässer und den Schutz des Grundwassers. Ihr Grundsatz war: Der Weg über das Ordnungsrecht sei schlecht, deshalb Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht. Als Argument dafür haben Sie genau das aufgeführt, was in den einzelnen Nummern des KULAP dargestellt wird. Sie haben argumentiert, dass es funktioniert.

Hier und heute, am 7. April 2016, stellen wir fest, dass die Freiwilligkeit von Ihnen nicht mehr finanziert wird, weil trotz Nacharbeit kein Geld mehr vorhanden ist. Damit bleibt nur eines übrig: Wenn Freiwilligkeit nicht mehr gegeben ist, zählt leider Gottes wieder das Ordnungsrecht, sofern wir nicht in ein Verfahren von der EU kommen wollen. Das wollen wir alle nicht. Deswegen ist der Antrag sinnvoll und richtig. Wir wissen aber auch, Herr Staatsminister Brunner, dass der Kampf um die Finanzen für Landwirt-

schaft und Forsten hart ist. Deswegen wollen wir auch, dass Ihnen so viele Mittel wie möglich zugeteilt werden.

Eine weitere Baustelle ist, dass die Staatsforsten der Landwirtschaft endlich Mittel zukommen lassen, damit die Landwirtschaft über das Geld verfügt, das sie erwirtschaftet und nicht irgendwelche anderen sachfremden Dinge finanziert. Deswegen bin ich dankbar für den Antrag. Wir werden in der Diskussion bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Arnold. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal muss ich ein ganz großes Lob aussprechen. Das bayerische Kulturlandschaftsprogramm ist hervorragend. Das muss man wirklich loben. Es wird auch hervorragend angenommen. Besser kann man es sich gar nicht wünschen. Ein Programm ist gut aufgelegt, ganz viele nehmen es an. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern machen sich auf den Weg. Schließlich haben wir auch lange genug diesen Weg gepredigt. Wir GRÜNE freuen uns deshalb sehr darüber, dass unsere Vorstellung von einer vielfältigen, stabilen, nachhaltig ökologischen Landwirtschaft inzwischen gesellschaftlicher Konsens ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist jetzt aber passiert? Das Geld ist aus. Das Programm ist wegen zu großen Ansturms geschlossen worden. Maßnahmen werden gestrichen, Geld wird extrem verzögert ausgezahlt, und begründet wird es so: Die Maßnahmen wurden gestrichen, mit denen die gesetzten Ziele bei Flächen- und Teilnehmerzahl erreicht wurden. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CSU, für die Ökologisierung der Landwirtschaft gibt es aber keine Obergrenzen. Ein Zuviel an Ökologisierung kann es nicht geben, nur ein Zuwenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Es stimmt gar nicht, dass das Geld aus ist. Es müsste nur anders verteilt werden. Bayern hätte sich bei den Verhandlungen, wie übrigens alle grünen Landwirtschaftsminister – Kollege Arnold hat es erwähnt –, dafür einsetzen müssen, das Geld von der ersten Säule bis zu der erlaubten Prozentmarke in die zweite Säule zu transferieren. 15 % des Geldes aus der ersten Säule könnte man in die zweite Säule umschichten. Diese Mittel fließen zu 100 % in das Kulturlandschaftsprogramm. Diese Mittel sind auch besonders interessant; denn sie müssen nicht kofinanziert werden, sondern sie werden zu 100 % von der EU finanziert.

Mir ist völlig unverständlich, dass sich Bayern gegen diese Umschichtung ausgesprochen hat. Mit den Mitteln aus der ersten Säule könnten wir das Kulturlandschaftsprogramm genauso weiterführen, wie es 2015 gemacht wurde, wie es aber 2016 nicht mehr möglich ist. 2017 und 2018 haben wir laut EU-Recht die Möglichkeit, die Agrarmittel zu evaluieren und zu schauen, ob doch noch einmal umgeschichtet wird. Das ist der sogenannte Mid-Term-Review; den müssen wir unbedingt nutzen und uns noch einmal dafür aussprechen, dass mehr Geld umgeschichtet wird.

Um wie viel Geld geht es denn? – Die erste Säule macht circa 1 Milliarde Euro aus. So viel bekommt Bayern aus der ersten Säule. Wenn man davon 10 % umschichtet – momentan schichten wir nur 4,5 % um –, hätten wir 100 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Mit diesem Geld könnten wir sehr viel anfangen, und das wäre für all die Maßnahmen auch dringend notwendig. Ich kann nur wieder sagen: Es wurden etwas zu große Sprüche gemacht, man wolle den Ökolandbau verdoppeln. Wer soll das aber bezahlen? – Jetzt machen sich endlich alle auf den Weg, und dann heißt es: Wir haben kein Geld mehr, ihr könnt das leider nicht mehr machen. – So geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Wasserrahmenrichtlinie. Dafür brauchen wir jetzt noch ein paar Jahre länger. Wir beantragen immer wieder Verlängerungen, weil wir die Europäische

Wasserrahmenrichtlinie nicht einhalten können. Das ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dagegen müssen wir etwas tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht wäre auch einmal eine Grundsatzentscheidung der Staatsregierung wichtig. Ökomodellregionen und Megamastanlagen für Hähnchen, garniert mit – ich glaube – etwas überteuerten Heimatempfängen, passen hinten und vorne nicht zusammen. Man könnte sich doch überlegen, ob man das Geld für die Heimatempfänge ins KULAP steckt. Das wäre eine echte Heimatförderung und keine teure Showveranstaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Sengl. – Nun hat sich noch Staatsminister Brunner zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich zu dieser Thematik nicht zu Wort melden. Jetzt habe ich aber den Eindruck, dass die ganze Diskussion in eine völlig falsche Richtung geht. Sie tun geradezu so, als hätten wir 2016 keine Möglichkeit mehr, unsere Landwirte genauso wie in den vergangenen Jahren zu unterstützen, wenn sie sich bewusst für ein Umweltprogramm entscheiden. Die Verträge, die im letzten Jahr geschlossen worden sind, gelten fünf Jahre lang. Jeder Euro, der im letzten Jahr ausgezahlt wurde, wird auch heuer ausgezahlt. Wir haben die Mittel sogar ergänzt. Wir haben zusätzlich knapp 9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um dem Ansturm, der zweifellos gegeben ist, gerecht werden zu können. Fakt ist in der Tat, dass wir mit 200 Millionen jährlich neben dem Vertragsnaturschutzprogramm ein so umfangreiches Umweltprogramm haben, wie es nicht annähernd ein anderes Bundesland hat. Fakt ist allerdings auch, dass die Zahl der Anträge um rund 10 % zugenommen hat, weil die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft äußerst schwierig ist und bei verschiedenen Produkten eine unbefriedigende Preissituation vorherrscht. Das

mag mit ein Grund dafür sein, warum so mancher Landwirt jetzt auf das KULAP zurückgreift. Vielleicht will er damit wenigstens teilweise die schlechten Preise kompensieren.

2015 konnten wir noch nicht absehen, dass das sehr attraktive und umfangreiche Umweltprogramm, das Frau Sengl zu Recht gelobt hat, von 10 % mehr Landwirten genutzt wird. Nachdem aber nicht alle Verträge gleichzeitig auslaufen – das Gros war im letzten Jahr mit 43.000 Betrieben und 77.000 Abschlüssen, in den nächsten Jahren werden vereinzelt weitere hinzukommen –, haben wir für 2016 nochmals 11 Varianten und Maßnahmen im KULAP angeboten. Zugegebenermaßen sind sie nicht mehr so umfangreich wie 2015. Nachdem aber die Antragstellung für 2016 schon abgeschlossen ist, kann ich Ihnen nur raten: Frieren Sie Ihren Antrag ein, und tauen Sie ihn wieder auf, wenn es zeitgerecht ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): In Seehofers Kühlbox!)

Dann können wir gemeinsam darüber diskutieren. Vor allem weiß ich dann, wie der Doppelhaushalt 2017/2018 aussehen wird. Sie werden von mir doch nicht verlangen, dass ich blind und ohne finanzielle Absicherung dieses Programm weiter attraktiver gestalte. Das ist keine CSU-Politik. Wir wollen Planungssicherheit und Verlässlichkeit auch bei diesem Programm garantieren.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei den Blühflächen haben Sie Planungssicherheit!)

– Was wir an Blühflächen anbieten, Herr Aiwanger, was die Jäger, aber auch die Landwirte hier an Eigenverantwortung einbringen, das ist in der Tat beispielhaft. Ihr Kollege Dr. Herz hat vorhin behauptet, die Weideprämie wäre nicht mehr möglich. – Sie wird aber nicht nur an jene ausbezahlt, die den Fünf-Jahres-Vertrag abgeschlossen haben, sondern eine Neuantragstellung war auch 2016 möglich. Den Applaus, den Sie vorher gespendet haben, den münze ich deshalb auf mich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die alten Verträge habt ihr nicht eingehalten!)

– Herr Aiwanger, wir haben die Weideprämie von 30 Euro sogar auf 50 Euro pro GV erhöht. Das war so attraktiv, dass sich die Alpenvereine, die Bergbauern, ja sogar die gesamte Landwirtschaft sich darüber sehr dankbar geäußert haben. Das haben übrigens auch die Umweltverbände getan; denn Weidehaltung ist zweifellos die tiergerechteste Aufstallungsform. Wir wollten es deshalb auch erweitern und ergänzen.

Wenn Sie der Meinung sind, es wäre so einfach, von der ersten in die zweite Säule umzuschichten, und dann wäre das finanzielle Problem gelöst, dann will ich Ihnen Folgendes sagen, und das will ich auch für diejenigen nachvollziehbar erklären, die nicht in der Materie drinstecken. Meine Damen und Herren, die erste Säule, das sind die Betriebsprämien, mithin das Gros der gesamten Förderung für die Landwirtschaft. Wenn Sie die erste Säule schwächen, dann nehmen Sie den Bauern direkt das Geld weg. Wer Geld von der ersten Säule in die zweite Säule tut, der muss sich das so vorstellen, als hätte er feinen Sand in der rechten Hosentasche und würde diesen Sand nun mit der Hand in die linke Tasche tun. Dabei ist die Gefahr sehr groß, dass auf diesem Weg so manches durch die Finger gleitet.

(Unruhe bei der SPD)

So ist das auch bei der Umschichtung. Jeder Euro, den Sie von der ersten Säule in die zweite Säule umschichten, ist bares Geld von den Landwirten. Es handelt sich also nicht um zusätzliches Geld, sondern das ist Geld von den Bauern. Deshalb muss man überlegen, ob die Gelder in der zweiten Säule auch ausschließlich der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Der Auftrag der zweiten Säule ist nämlich die Stärkung des ländlichen Raumes. Das geht aber über den agrarsozialen Bereich hinaus.

Ich will noch einmal klarstellen: Erstens. Wir haben nach wie vor ein attraktives und vitales Umweltprogramm in einer Größenordnung wie kein anderes Bundesland. Zwei-

tens. Wir haben neue Anträge, 2016 sogar mit elf Varianten, ermöglicht. Wir werden uns gemeinsam bemühen, dieses hohe Level und das Niveau in den nächsten Jahren in der extensiven Landwirtschaft zu sichern und zu halten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Minister. – Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Herz. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Minister, ich habe in meiner Rede nicht in Zweifel gezogen, dass Bayern sehr viel tut oder Sie sich bemüht haben. Sie haben immerhin 8,7 Millionen Euro für den Nachtragshaushalt bekommen. Sie haben aber in Zweifel gezogen, dass einige Darstellungen meinerseits nicht richtig wären. Ich habe mir die Mühe gemacht und die Unterlagen mitgenommen. Hier sind 20 Positionen – ich wiederhole: 20 Positionen –, bei denen nach Verlautbarung Ihres Hauses die Programme nicht mehr belegt sind, die also nicht mehr angeboten werden. Ich stelle deshalb noch einmal die Frage, ob Sie diese Darstellung in Zweifel ziehen. Andernfalls bleibe ich bei meiner Aussage: Es ist das falsche Signal, das Kulturlandschaftsprogramm in dieser Zeit so dramatisch zu verändern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Kollege Dr. Herz, ich bleibe bei meiner Feststellung, dass Ihre Aussage bezüglich der Weideprämie nicht richtig ist. Sie haben vorhin behauptet, diese Prämie gäbe es nicht mehr. 2016 wurde die Weideprämie aber wieder angeboten, und zwar mit dem erhöhten Satz von 50 Euro pro GV wie im Jahr 2015. Wir haben des Weiteren im Jahr 2016 sogar zwei zusätzliche Förderangebote gemacht. Das ist zum einen eine Förderung von Steinmauern für die Winzer in Unterfranken. Die Winzer haben mir nämlich erklärt, sie seien die Bergbauern des Nordens. Zum anderen haben wir auf Wunsch vieler Kom-

municipalpolitiker die Pflege von Hecken wieder gefördert, die 2015 übrigens auch nicht förderfähig waren. Es ist hingegen richtig, dass wir 2016 nicht mehr das ganze Portfolio, das wir 2015 angeboten haben, anbieten. Immerhin haben wir elf Varianten genau in der Richtung, die Sie aufzeigten, und zwar für den Gewässerschutz, für die Ökologisierung, für die bodennahe Gülleausbringung und für vieles mehr. Wenn mir 2017 und 2018 die finanziellen Möglichkeiten wieder zugestanden werden, dann werden wir das sogar weiter ausbauen und ergänzen. Über die Sinnhaftigkeit brauchen wir nicht zu reden. Im Gegensatz zur Opposition trägt die Regierungspartei aber die Gesamtverantwortung für einen vernünftigen und sparsamen Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch; denn wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Sengl. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Minister Brunner, ich bin jetzt ehrlich enttäuscht; denn das Ganze hört sich sehr nach einer Rede vom Bauernverband an. Wenn die Gelder aus der ersten Säule in die zweite Säule transferiert werden, die 15 %, die möglich sind, dann ist es nach EU-Recht verpflichtend, dass die Gelder direkt in der Landwirtschaft bleiben. Die dürfen eben nicht in Programme wie beispielsweise die Dorferneuerung oder die ländliche Entwicklung fließen. Außerdem ist es Fakt, dass das KULAP überzeichnet ist. Woher soll denn das Geld dann kommen? Wo soll man den Geldhahn denn aufdrehen? – Mein Vorschlag wäre, das Heimatministerium abzuschaffen; denn dann hätten wir wieder Geld für das Landwirtschaftsministerium übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Ich bedanke mich für Ihre Fürsorge für das Ministerium. Frau Kollegin Sengl, Sie sind aber nicht richtig informiert. Es ist nicht so, dass alle von der ersten in die zweite Säule umgeschichteten Gelder ausschließlich der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Das war meine Bedingung im Jahr 2014 bei der Agrarministerkonferenz, als wir die 4,5 % umgeschichtet haben. Ich habe damals gefordert, dass ich das Geld in Bayern ausschließlich für landwirtschaftliche Förderprogramme einsetzen kann. In anderen Bundesländern ist das beileibe nicht so. Im Übrigen sollten Sie sich noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass es der bayerischen Politik zu verdanken ist, dass bei der Neuausrichtung der GAP ein Strukturelement in die erste Säule hineingebracht wurde. Das steht im Gegensatz zu dem, was die GRÜNEN wollten. Ich habe die GRÜNEN davon überzeugen müssen, dass es sinnvoll ist, wenn wir nicht nur nach Quadratmetern fördern, sondern wenn wir einen Zuschlag für die kleinen Betriebe geben. Sie erhalten für die ersten 30 Hektar einen Zuschlag von 50 Euro und für weitere 16 Hektar noch einmal 30 Euro. Das war CSU-Förderpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Wäre es nach den GRÜNEN gegangen, hätten wir vermutlich 15 % umgeschichtet. Die 43 Millionen Euro aber, die alleine durch die Besserstellung der kleinen Betriebe beschlossen wurden, die würden sonst nicht jährlich nach Bayern fließen. Das ist die Wahrheit, und das sind die Fakten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! –

Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir gehen jetzt in die Mittagspause bis 13.30 Uhr. Wir beginnen dann pünktlich mit den Dringlichkeitsanträgen.

(Unterbrechung von 12.59 bis 13.33 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beende hiermit die Mittagspause und bedanke mich ausdrücklich bei denen, die jetzt schon hier sind.

(Isabell Zacharias (SPD): Bitte, bitte! – Volkmar Halbleib (SPD): Wir könnten sogar namentlich begrüßt werden! – Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Jetzt sind wir endlich einmal die stärkste Fraktion!)

Alle anderen lade ich ein, jetzt möglichst den Plenarsaal aufzusuchen, um nichts zu versäumen.

(Isabell Zacharias (SPD): Sagen Sie doch, dass wir in zwei Minuten einen Hammelsprung machen!)

– Ich habe noch keinen Tagesordnungspunkt aufgerufen. – Gut.